

Die Thesen von 1904

mit Zusätzen und Änderungen von 1907.

(Die bereits in Erfüllung gegangenen Wünsche sind eingeklammert.)

I.

[Die Oberlehrer sind den Richtern I. Instanz gleichzustellen.]

II.

1. Von den Kandidaten des höheren Schulamts ist der Nachweis über ein zurückgelegtes vierjähriges Studium zu verlangen.
2. Die Kandidaten des höheren Schulamts sind beim Antritt des Seminarjahres zu vereidigen. Es ist wünschenswert, daß sie nicht bloß am 1. Oktober und am 1. April ihr Seminarjahr antreten können, sondern auch an Terminen, die dem Tage der abgelegten Staatsprüfung möglichst nahe liegen.
3. Den vereidigten Kandidaten sind die Amtsbezeichnungen Assessor und Referendar zu verleihen; als Zusatz erscheint das Wort Studien wünschenswert.

III.

1. Der Bedarf an Lehrkräften ist durch festangestellte Lehrer zu decken; Hilfslehrer sind nur für vorübergehende Unterrichtsbedürfnisse zu verwenden.
Die Beschäftigung der Elementarlehrer mit wissenschaftlichem Unterricht ist an den höheren Schulen möglichst einzuschränken.
2. Vollbeschäftigte Hilfslehrer erhalten dieselbe Vergütung wie die Gerichtsassessoren.

IV.

1. Die Oberlehrer werden auf Grund der Vorschläge des Provinzial-Schulkollegiums vom Unterrichtsminister ernannt bzw. bestätigt; die Hälfte erhält den Amtscharakter Professor und damit den amtlichen Rang der Räte IV. Klasse.
2. Das Interesse des höheren Lehrstandes erfordert dringend, daß an allen Arten von Schulen der Titel „Oberlehrer“ nur an solche Lehrer verliehen wird, die auf einer Universität oder technischen Hochschule vorgebildet sind und die in ihrem Fache vorgeschriebene Staatsprüfung bestanden haben.
3. (a) Das Befolgungsdienstalter wird vom Zeitpunkt der festen Anstellung an gerechnet. Hinzuzurechnen sind die Hilfslehrerdienstjahre die die Zahl 4 überschreiten, und das Militärjahr nach den bestehenden Bestimmungen.¹⁾
b) Für die Berechnung des Ruhegehalts wird dasselbe Dienstalter zugrunde gelegt, wie für die Ernennung zum Professor, mit Einfluß des Seminar- und Probejahres.
Das für diese Berechnung maßgebende Datum ist in der Anstellungsurkunde zu vermerken.
4. [Die feste Zulage ist in regelmäßiges Gehalt umzuwandeln.]
5. a) Für die wöchentliche Höchststundenzahl ist die für die Professorenernennung geltende Anciennität als maßgebend zu betrachten.
b) Die wöchentliche Höchststundenzahl beträgt bis zur Erreichung einer Anciennität von 12 Jahren 22, von da an bis zur Erreichung einer Anciennität von 24 Jahren 20 und weiterhin 18. Sie darf nicht als Normalzahl gelten.
c) Es ist notwendig, die Höchststundenzahl der Direktoren auf 12 herabzusetzen.
6. Durch gesetzliche Maßnahmen ist zu verbüten, daß die Lehrer an den nichtstaatlichen Anstalten in irgend einer Beziehung hinter denen an staatlichen Anstalten zurückstehen.
7. Die Schülerzahl der Oberklassen darf 25, die der Mittelklassen 30, die der Unterklassen 40 in der Regel nicht übersteigen. Unter einem Direktor dürfen nicht mehr als 500 Schüler stehen.
8. Den akademisch gebildeten Lehrern sind bei ihrer Einberufung zur Teilnahme an wissenschaftlichen Kursen Reise- und Tagegelder zu gewähren.

1) Der Beschluß der 30. D. S. lautet wörtlich: Das Militärjahr ist, soweit es für die Anciennität der anstellungsfähigen Kandidaten nach U II 1388 vom 7. August 1922 in Anrechnung gekommen ist, als Hilfslehrerdienst mit voller Beschäftigung anzusehen. Die Dienstlaufzeit soll auch bei den vor dem 15. Mai 1905 anstellungsfähig gewordenen Kandidaten für das Befolgungsdienstalter wegfallen.